An alle Haushalte

Sonderausgabe Juni 2013

Obinger Extrablatt

Politische Alternative Obing e.V.

Streiflicht

Es gibt Begriffe, die man am besten nicht in den Mund nimmt, da sie regelmäßig einen lauten Aufschrei und großes Entsetzen erzeugen. Eine einzige kleine Andeutung könnte den Protagonisten unversehens vom Sockel stürzen. Das Volk und die politischen Gegner sind da erbarmungslos.

Nein, hier sind nicht Kinderkrippe, Homoehe oder Atomausstieg gemeint. Diese Begriffe sind selbst bei der CSU schon alltäglich und nicht mehr wirklich fremd. Es geht um ein Phänomen, das zwar nicht neu ist, aber das uns in letzter Zeit immer häufiger die Sprache verschlägt. Es geht um Mehrkosten.

Denken wir an den neuen Berliner Flughafen BER. Statt der ursprünglich geplanten 1,7 Milliarden € kostet er 4,3 Milliarden (derzeit). Einige Köpfe haben bereits rollen müssen.

Oder denken wir an die Elbphilharmonie in Hamburg, Kostensteigerung von 114 Millionen € auf 800 Millionen (derzeit). Köpfe? Soweit bekannt Fehlanzeige.

Und natürlich der aktuelle Renner, Stuttgart 21. Im März 2012, vor nur einem Jahr, lagen die Kosten noch bei 4,3 Milliarden €, mittlerweile liegen sie bei 6,8 Milliarden (derzeit). Auch hier ist (noch) kein Köpferollen bekannt geworden. Die Verantwortlichen ducken sich erfolgreich weg. Womit wir schon bei Obing sind.

Bei der Sanierung der Hauptschule waren mal, alle notwendigen Umbaumaßnahmen eingerechnet, 3,6 Millionen € veranschlagt. Am Ende kostete die Sanierung rund 4,1 Millionen €, Mehrkosten rund 500.000 €, oder drastischer ausgedrückt, eine halbe Million! Als Verantwortliche dafür war im Gemeinderat die planende Architektin schnell ausgemacht.

Auch beim Rathausneubau drohten die Kosten überhand zu nehmen. Zunächst geschätzt mit 3,7 Millionen € stiegen die Kosten auf 4,2 Millionen €. Ein Köpferollen konnte hier bisher aber mit eisernem Sparwillen und einschneidenden Sparvorschlägen Gott sei Dank verhindert werden.

Text: Korbinian Stettwieser

Familie 2.0, Gastbeitrag von Tina Weinmayer, Seite 7

Windkraft in Obing Seite 2

Obinger Umgehung finanzierbar? Seite 4
Toni Hofreiter, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Bundestag

Obing Mitte der 30er Jahre

Energiewende

Zentrales Thema
auf allen politischen Ebenen

Jeder von uns ist Energiekonsument. Wir verbrauchen Strom, Wärme und Mobilität. Jeder einzelne trägt deshalb, der eine mehr, der andere weniger, zur Klimaveränderung und zur Schädigung der Umwelt bei.

Bei vielen in Deutschland und in Bayern ist im Bewusstsein angekommen, dass es ein „Weiter so“ nicht mehr geben kann. Die Menschheit muss sich auf die Erzeugung und Nutzung regenerativer und umweltverträglicher Energieformen umstellen.

Drei Säulen der Energiewende: Energiesparen – Energieeffizienz - Erneuerbare Energien

Zunächst kann und muss jeder natürlich bei sich selbst anfangen und sich die Frage stellen „Wo kann ich Energie einsparen und weniger verbrauchen“?

Aber dann ist auch die Politik gefordert, die Weichen richtig zu stellen, und zwar auf allen Ebenen! ▪

Text: Inge Graichen / Korbinian Stettwieser

Liebe Obingerinnen und Obinger…

…vielleicht erinnern Sie sich noch an die erste Ausgabe des „Obinger Extrablattes“ im Januar 2008. Mit ihr wollten wir uns damals, 2 Monate vor der letzten Kommunalwahl, als die politische Alternative ins Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler bringen. Wahlwerbung eben.

Mit der aktuellen Ausgabe- noch fast 1 Jahr vor der nächsten Wahl- möchten wir in erster Linie auf die Themen hinweisen, die Obing derzeit bewegen. Dazu haben wir uns dieses Mal Gastkommentatoren eingeladen, die unter ihrem Namen den einen oder anderen Beitrag beigesteuert haben. Vielleicht hilft das, die Diskussion anzuregen.

Dass in Obing Interesse an kommunalpolitischen Themen vorhanden ist, zeigt sich an der insgesamt höheren Anzahl von Besuchern bei den Gemeinderatssitzungen. Die Möglichkeit, vor der Sitzung Fragen und Anregungen im Rahmen der Bürgersprechzeit (die übrigens auf Initiative der PAO eingeführt wurde) an den Bürgermeister oder Gemeinderat zu stellen, wird fleißig genutzt.

Betrachtet man einige Themen, die in der Obinger Kommunalpolitik aktuell oder vor kurzem behandelt wurden merkt man schnell, dass diese auch durchaus Bezug zur „großen Politik“ haben.

Bei der Diskussion z. B. um die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Scheitzenberg steht neben der Frage der Verträglichkeit vor Ort die zukünftige Energiepolitik im Fokus, bei der Ortsumfahrung ist dies in gleichem Maße die überregionale Verkehrspolitik.

Aber natürlich geht es in erster Linie darum, wie wir unser Zusammenleben in Obing jetzt und in Zukunft gestalten wollen und können.

Wie können wir uns schon jetzt in unseren Entscheidungen auf die zunehmende Zahl älterer und alter Mitbürger/innen im Rahmen des demographischen Wandels einstellen, wie gelingt es, genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze am Ort vorzuhalten, wie stellen wir sicher, den Bedarf an Bau- und Gewerbeland nicht nur unter ökonomischen, sondern auch sozialen und ökologischen Gesichtspunkten abzudecken?

Fragen über Fragen, denen sich der jetzige, aber auch der zukünftige, Gemeinderat stellen muss. Wir haben versucht, diese Themen hier anzusprechen und zu beleuchten. Dabei wollen wir nicht vergessen, auf unsere „kleinen Erfolge“ hinzuweisen.

Uns ist klar, und das ist auch in den Diskussionen und Reaktionen im Gemeinderat deutlich spürbar, dass wir damit nicht immer auf positive Resonanz und Beliebtheit stoßen.

Aber dass dies nichts Außergewöhnliches ist, zeigt das Zitat des Schauspielers und Regisseurs Orson Wells, der folgendes sagte:

„Beliebtheit sollte kein Maßstab für die Wahl eines Politikers sein. Wenn es alleine auf die Popularität ankäme, säßen Donald Duck und die Muppets längst im Senat“.

Trotzdem – und da sind wir jetzt doch schon ein wenig bei den Kommunalwahlen 2014- möchte die PAO ihre bisherige Arbeit in der Kommunalpolitik zukünftig weiterführen, mit einer entsprechenden Vertretung im Gemeinderat. An Ideen mangelt es nicht.

Sollten Sie sich von unseren Inhalten angesprochen fühlen – Sie sind herzlich dazu eingeladen, Ihre Ideen, aber auch Ihre Kritik, bei uns einzubringen.

Trauen Sie sich! ▪

Text: Thomas Breu

Inhalt:

Seite 2/3: Energie
Seite 4/5: Verkehr
Seite 6: Schule, Jugend, Umwelt
Seite 7: Internet, Familie 2.0, Obing hat Alles
Seite 8: Mensch und Natur

Impressum:
PAO - Politische Alternative Obing e.V.
V. i. S. d. P.: Thomas Breu
Politische Alternative Obing e.V. c/o Thomas Breu
Kontakt: Methlerweg 2 · 83119 Obing
kontakt@pao-online.de · www.pao-online.de
Spendenkonto · RAIBA Obing: KN 18 55 794 · BLZ 701 691 65

Energiepolitik in Obing

Beiträge der Gemeinde Obing zur Energiewende bisher: Für die Hauptschule Obing wurde auf Anregung der PAO ein Energiepass erstellt, der die Heizenergieverluste sehr deutlich machte. Aufgrund dieser Untersuchung und mit Hilfe des Konjunkturprogramms konnte Obing die energetische Sanierung der Hauptschule in Angriff nehmen. Unter anderem wurde die teure Elektroheizung gegen eine Hackschnitzelheizung ausgetauscht. Die Gemeinde stellte das Dach des neuen Feuerwehrhauses für die Bürgersolaranlage zur Verfügung. Hier bot sich interessierten Obinger Bürgern die Gelegenheit, sich an der Energiewende mit einer Investition zu beteiligen. Auch die Vermietung des Daches der Turnhalle für die Nutzung mit Photovoltaik ist ein Beitrag der Gemeinde Obing zur Energiewende.

Darum Energienutzungsplan

Zusammen mit den Gemeinden Pittenhart und Kienberg hat die Gemeinde Obing die Erstellung eines Energienutzungsplanes an die Fachhochschule Kufstein vergeben, dies auf Initiative des Landkreises Traunstein und finanziert mit Zuschüssen.

Darin sollen die vorhandene Energie- und CO2-Bilanz im Gemeindegebiet analysiert und dargestellt werden sowie die Potentiale für Energieeinsparung, für Energieeffizienzsteigerung und für den Ausbau erneuerbarer Energien detailliert ermittelt werden. Außerdem soll ein Maßnahmen- und Projektplan für die Gemeinde erstellt werden. Der Energienutzungsplan kann manche Entscheidungen im Gemeinderat sicherlich erleichtern, da sie sich möglicherweise leichter mit Fakten und Zahlen begründen lassen.

Die PAO meint: Weitere Schritte zur Energiewende sind möglich. Gemeindliche Dachflächen, die den Bürgern für Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt werden könnten, gibt es in Obing weiterhin: das neue und das alte Rathaus, die Schulen, der Wertstoffhof oder das Feuerwehrhaus in Frabertsham. Wäre es nicht einmal wert, im Gemeinderat darüber nachzudenken, ob die Gemeinde nicht selber in Anlagen investiert und langfristig davon profitiert?

Wäre es nicht sinnvoll, in der Gemeinde eine Beratungs- oder Auskunftsstelle für die Bürger einzurichten, die auf dem eigenen Dach investieren wollen. Dies wäre zumindest ein Anschub. Warum wird im Gemeinderat die Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen auf dem Scheitzenberg eher behindert als gefördert, obwohl hier nach der Windpotentialkarte Südostoberbayern die besten Voraussetzungen dafür im Umkreis vorhanden sind?

Warum setzen sich die Obinger Gemeinderäte in ihrer Mehrheit bei ihrer Stellungnahme zum Regionalplan Windkraft nicht dafür ein, dass solche Gebiete nicht Ausschlussflächen sind, sondern in Einzelfallprüfungen entschieden wird? Warum wird ein windmäßig deutlich schlechterer Standort favorisiert? Warum bindet sich die Gemeinde immer wieder mit mehrjährigen Verträgen an den Großkonzern E.ON? Wie will man da irgendwann eine Regionalisierung des Energiemarktes erreichen? Und warum wird Normalstrom, also auch Strom aus Kernkraftwerken, und nicht Ökostrom bestellt? ▪

Text: Inge Graichen / Korbinian Stettwieser

Windkraft in Obing – Chance für Bürger und Umwelt?

Strom in Obing bald zu über 100 % aus erneuerbaren Energien möglich

Derzeit wird im Gemeindegebiet Obing 33 % des Eigenbedarfes an Strom aus Photovoltaikanlagen und 20 % mit Biogas erzeugt. Für die PV Anlagen gibt es noch verfügbare Dächer für eine geschätzte Steigerung auf 68 %, ohne landwirtschaftliche Flächen zu verbrauchen. Allerdings nur theoretisch, wenn alle Hausbesitzer ihre Dächer vollständig mit Modulen bestücken würden. Im Bereich von Biogas sind die Flächen mehr als ausgeschöpft, Potential besteht hier in der Vergärung von Gülle und Bioabfällen. Aber dies sollte nicht für eine zusätzliche Energieerzeugung, sondern dazu genutzt werden um die Felder wieder zu entlasten. Schon jetzt steigt aufgrund fehlender Fruchtwechsel die Gefahr unkontrollierter Schädlingsvermehrung auf den Feldern.

Seit 1995 - Windstrom aus der Region

Die Böden werden ausgezehrt. Zudem haben Milchbauern immer stärkere Probleme in der Konkurrenz mit flächenhungrigen Biogasanlagen zu bestehen. Kann uns hier die Windkraft voranbringen bei dem Ziel Energie selbst und regenerativ zu erzeugen?

In Obing vielfach diskutiert: Die Stromerzeugung durch zwei Windräder auf dem Scheitzenberg zwischen Diepoldsberg und Ilzham. In der näheren Region liefern bei Schnaitsee zwei Anlagen mit 70 m und eine Anlage mit 100 m Höhe seit 1995 bzw. 1998 regenerativen Strom, seit 2004 kommt aus Palling Windstrom von zwei Anlagen mit 140 m Höhe. Jetzt sollen in naher Zukunft auch auf dem höchsten und windreichsten Punkt in der Gemeinde Obing, dem Scheitzenberg, Bürgerwindräder entstehen, zwei Anlagen 200 m hoch. Den Vorrang sich dabei zu beteiligen haben die Obinger Bürger. Doch was ist von solchen Anlagen zu halten? Die geplante Errichtung stößt sowohl auf Ablehnung als auch auf Zustimmung – nicht nur bei den umliegenden Anwohnern.

Betrachtet man die diskutierten Punkte wird klar dass es auf die Betrachtung bereits vorhandener Strukturen sowie auf den Vergleich mit anderen Energieformen ankommt wie die geplanten Anlagen beurteilt werden:

Einwirkungen auf Anwohner verträglich?

Lärm – In Bereichen von Wohnbebauungen gelten zum Schutz der Bewohner Schallgrenzen die eingehalten werden müssen, insbesondere Nachts. In einem Wohngebiet ist die Grenze mit 40 dB(A) niedriger als in landwirtschaftlichen Dörfern mit 45 dB(A) oder in Gewerbegebieten mit 50 dB(A). Zum Vergleich: moderne Geschirrspüler verursachen im Normalbetrieb Schall zwischen 41 und 46 dB(A). Windkraftanlagen müssen die Grenzwerte einhalten, feste Entfernungen gibt es nicht. Bei jeder Anlage muss die Schalleinwirkung einzeln geprüft werden. Seit 2011 gilt als Planungshilfe: Beim Abstand von 800 m zu Wohnbebauungen bzw. bei 500 m im Außenbereich sind die Grenzwerte auf jeden Fall eingehalten. Bemerkenswert ist, dass die herangezogenen Schallwerte von Windrädern nur bei Volllast, also bei Windstärke 5 – 6 auftreten. Hier ist der Wind ohnehin deutlich in den Bäumen, Feldern und an Gebäuden zu hören. Tieffrequenter Schall (Infraschall) liegt bei den geplanten Anlagen bei Weitem unter der den Menschen beeinflussenden Schwelle, zumal eine Windkraftanlage nur einen Bruchteil des Infraschalls erzeugt, der ohnehin in der Umgebung vorhanden ist. Im konkreten Fall sind die Windräder von Wald umgeben, die nächstgelegenen Anwesen liegen rund 100 m weiter weg als der empfohlene Abstand von 500 m. Oder in einem Fall unmittelbar am Wald, so dass keine Sichtverbindung besteht und bei Wind das Rauschen der Bäume erheblich lauter ist als das der Windräder. Sowieso vorhanden sind Geräusche aus der Landwirtschaft, z.B. Traktoren, Erntemaschinen und Milchkühlungen. Die tatsächliche Schalleinwirkung durch die modernen Windräder wird bei den gegebenen Verhältnissen noch unter der zulässigen Grenze liegen und oft durch andere Geräusche übertönt werden.

Licht und Schatten – Lichtreflexionen, die sogenannten Discoeffekte kommen bei modernen Anlagen nicht mehr vor, die Rotorblätter sind stark mattiert und können keine derartigen Spiegelungen auslösen. Der Licht Schatten Wechsel (Schattenwurf) der durch die Rotorblätter auf Gebäude fällt kann als störend empfunden werden. Höchstens 30 Minuten pro Tag sind zulässig, würde dieser Wert überschritten schaltet sich die Anlage automatisch ab. Je nach Himmelsrichtung erreicht der Schatten auf Grund von Entfernung und Sonnenstand nur zu bestimmten Jahreszeiten die Gebäude, eine Beschattung ist deshalb an höchstens einem Drittel der Tage im Jahr überhaupt möglich. Bezieht man Sonne und Bewölkung aus den Wetterdaten der

Anlagenbetrieb durch Einheimische oder Großkonzern?

letzten Jahre mit ein, reduziert das im Schnitt die Tage an denen Beschattung merkbar ist auf ca. 40 Tage im Jahr. Damit Schattenwurf tatsächlich bemerkbar ist, müssen allerdings genau zu der betreffenden Tageszeit die Sonne scheinen und gleichzeitig der Wind wehen. Und es muss sich in dem betroffenen Bereich genau dann jemand aufhalten.

Artenschutz – Ähnlich wie bei Hochspannungsmasten besteht auch bei Windrädern grundsätzlich die Gefahr, dass Vögel dabei zu Schaden kommen, hier vor Allem durch die bewegten Rotorblätter. Ein Artenschutzgutachten muss bei so einem Vorhaben ausschließen dass gefährdete Arten betroffen sind, bevor die Naturschutzbehörde zustimmt. Statistisch ist die Zahl der getöteten Vögel durch Windräder im Vergleich zu den Vogelopfern beispielsweise im Straßenverkehr jedoch verschwindend gering. Hinzu kommt, dass in Schnaitsee und Palling in den letzten 18 bzw. 9 Jahren keinerlei tote Vögel, Fledermäuse oder ähnliches bekannt wurden.

Strom aus Norddeutschland: Gigantische Überlandleitungen

Auch das Thema Eiswurf wird im Hinblick auf die Erfahrungen bestehender Anlagen, insbesondere derer in Palling, relativiert. In Palling ist kein einziger Eiswurfvorfall bekannt, obwohl die nächstgelegenen Anwesen nur ca. 350 m entfernt sind und der Wald gut zugänglich und bewirtschaftet ist.

Flächenverbrauch und Ertrag – Die von Windkraftanlagen in der geplanten Größenordnung benötigte Fläche für Fundament, Kranstellfläche, Lagerplatz usw. beträgt ca. ein Viertel Hektar pro Anlage, also etwa ein Drittel eines Fußballfeldes. Dies entspricht einem forstwirtschaftlichen Rückeplatz im Wald, die Stellfläche wird bei vielen Anlagen auch von anliegenden Waldbauern genutzt. Mit beiden Anlagen zusammen kann nach vorsichtigen Prognosen eine Strommenge von 10 Millionen kwh pro Jahr erwirtschaftet werden. ▸

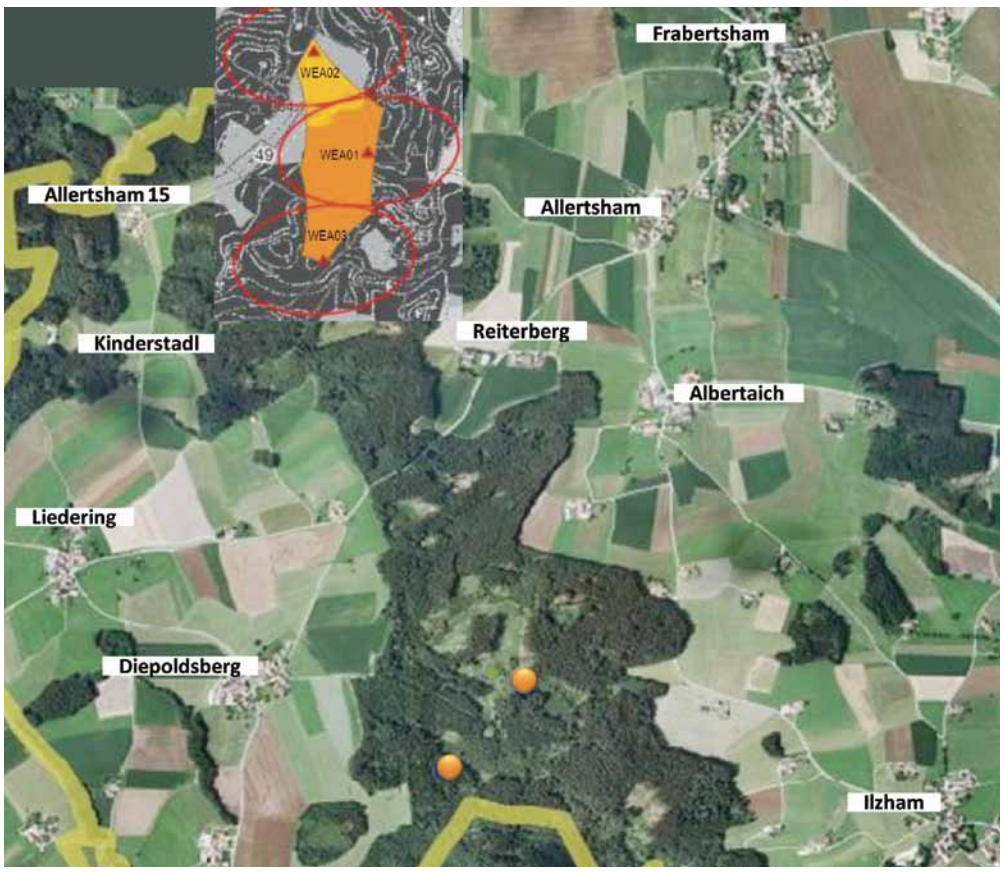
Auf halbem Hektar 80 % des Obinger Stromes erzeugen

Will man die gleiche Menge Strom mit Biogas aus Mais erzeugen, so sind hierfür rund 600 Hektar erforderlich – das 1200 fache (Nicht eingerechnet: Energieaufwand für Aussaat, Ernte, Transport und Verarbeitung).
Der durch Windkraft erzeugte Strom könnte in Summe rund 80 % des derzeit in Obing verbrauchten Stromes decken.
Und das unter Verbrauch von lediglich einem halben Hektar Grund und Boden, die umliegende Natur bliebe unberührt, wie die Erfahrungen aus den Windrädern in der Region zeigen.
Zusammen mit dem derzeit in Obing erzeugten Strom wäre Obing zu über 130 % versorgt und könnte zusätzlich noch überregional Strom einspeisen, ein wesentlicher Beitrag zur flächendeckenden Energiewende.

Stromeinspeisung und Schwankungen - Im Zusammenhang mit Windrädern taucht das Problem einer fehlenden Anbindung an die Stromverbraucher durch fehlender Stromtrassen auf. Dies wird vor Allem durch die Forderung, Windräder nur in Norddeutschland zu errichten verstärkt. Denn gerade dann wenn Windkraft flächendeckend nur im Norden genutzt wird müssen für den Transport nach Süden neue Stromtrassen und Stromautobahnen gebaut werden, die an Größe um vieles gewaltiger sind als die gewohnten Hochspannungsleitungen.

Vorranggebiet bei Allertsham statt am Scheitzenberg?

Der Windertrag ist zwar an der Nordsee höher als bei uns. Aber der höhere Ertrag kommt nicht bei uns an. Der Stromtransport kann nicht ohne Verluste erfolgen, zumal auf diese Entfernung. Anders stellt sich die Situation bei kleinen regionalen Windparks wie in Palling, Schnaitsee und vielleicht auch bald Obing dar. Die Anbindung kann hier durch Erdkabel erfolgen, ein Umspannwerk liegt direkt in Obing. Und sollten unsere regionalen Netze erste Überlastungen aufweisen, so ist eine Sanierung der bestehenden Leitungen ausreichend.
Windstrom weist Schwankung auf, ähnlich wie Photovoltaikstrom. Die Erfahrungen mit unserem Wetter zeigen, dass sich die erzeugten Strommengen oft ausgleichen. Wind kann auch bei Dunkelheit oder Bewölkung wehen, Sonne auch bei Windflaute scheinen. Auch sind die Winderträge im Winter höher, die der Sonne im Sommer. Daher ist es besser auf einen gesunden Mix zu setzen als nur auf Sonne oder nur auf Wind.
Und es ist bis jetzt weder in Palling noch in Schnaitsee ein Fall bekannt, dass Windräder oder PV Anlagen wegen einer Überlastung der Netze abgeschaltet werden mussten.



Die Windräder am Scheitzenberg (orange Punkte) sowie das derzeit aktuelle Vorranggebiet bei Allertsham, Nr. 49 im Regionalplan 18 (orange Fläche mit 3 Anlagen, nach aktueller Analyse des TÜV Süd)

Rückbau und nachhaltige Auswirkungen - Um den Rückbau samt Fundament zu gewährleisten, wenn eine Anlage ausgedient hat, verlangt der Gesetzgeber vor Baubeginn eine Rücklage. Man behält sich also die Möglichkeit vor den Urzustand herzustellen, was in wenigen Monaten erreichbar ist. Wie schwierig dies bei anderen Energieformen ist, wird deutlich wenn z.B. ein Kernkraftwerk abgebaut werden soll, allein das dauert mehrere Jahrzehnte, die Lagerung des Atommülls mehrere Jahrtausende. Klimaschäden durch CO_2 aus Kohle und Erdgas sind so gut wie gar nicht rückgängig zu machen, nur zu begrenzen. Doch auch bei den regenerativen Energien sind die Eingriffe in die Natur unter Umständen kritisch zu sehen, wie bei Biogas wenn die Energie ausschließlich durch Monokulturen wie Mais erzeugt wird, der die Humusschicht abbaut und wichtige Arten wie z.B. die Biene gefährdet.

Alternative Standorte in Obing – Auf Grund einiger Widerstände soll derzeit der Standort am Scheitzenberg abgelehnt werden. Ein mögliches Gebiet östlich von Großornach liegt zum größten Teil in den Gemeinden Kienberg und Altenmarkt. Das Vorranggebiet für die Errichtung von Windkraftanlagen der Gemeinde Obing läge somit westlich von Frabertsham zwischen Reiterberg und Allertsham 15 sowie dem Liederinger Kinderstadl, die Abstände zu den nächsten Anwesen sind ca. 500 m. Hier gibt es bislang noch keine Interessenten. Die Windräder wären durch die um einiges niedrigere Lage schlechter im Stromertrag. Da Bürgerwindstrom nur mit unter 9 Cent pro kWh vergütet wird, sind Windräder hier nur für Stromkonzerne interessant, die den Strom wesentlich teurer vermarkten können. Wäre es nicht besser Bürgerwindräder durch Einheimische und auf dem höchsten Punkt zu errichten wo sie den maximalen Nutzen bringen?

Kann uns also die Windkraft bei dem Ziel voranbringen Energie selbst und regenerativ zu erzeugen? Wie groß sind die Einwirkungen – im Vergleich zu anderen Energieformen? Stromkonzerne beherrschen den konventionellen Markt und drängen auf den Markt der regenerativen Energien. Sollen wir ihnen das Feld überlassen? Oder ist es sinnvoller das aktuelle Windradprojekt eines Diepoldsbergers zu unterstützen? Sowie die Obinger Bürger, die sich an dem Vorhaben beteiligen wollen?
Natürlich haben auch Windkraftanlagen ihre Schwächen und sind nicht gänzlich ohne Einwirkungen auf Mensch und Natur. Doch es ist vielleicht nicht die schlechteste Möglichkeit Strom regenerativ und in Bürgerhand zu erzeugen. ▪

Text: Armin G. Plank

Mobilität für Alle statt unfinanzierbare Ausbaukataloge

Dr. Toni Hofreiter MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages)

Dr. Toni Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen)

Verkehrspolitik in der Sackgasse

Die Verkehrspolitik der Bundesregierung hat sich in eine Sackgasse manövriert. Pläne und Finanzen passen hinten und vorne nicht zusammen, versprochen wird trotzdem viel. Projekte ohne Nutzen werden gebaut, während an Engpässen die Überlastung zunimmt.

Der Bundesverkehrswegeplan ist nur noch eine überfüllte „Wünsch-Dir-was-Liste“. Von den bundesweit 850 Ortsumfahrungen im „Vordringlichen Bedarf“ werden am Ende der Plan-Laufzeit im Jahr 2015 etwa 350 gebaut sein, 500 bleiben übrig. Dort, wo Ortsumgehungen gebaut worden sind, sind die Anwohner oft enttäuscht, weil entweder die erhoffte Entlastung nicht eintritt oder weil Orte veröden und der letzte Bäcker und das letzte Gasthaus mangels Kundschaft schließen müssen. Verkehr bringt Geschäfte, und Geschäfte bringen Verkehr – das sind zwei Seiten einer Medaille.

Zurzeit befinden sich bundesweit Straßen mit einem Finanzvolumen von ca. 18 Mrd. EUR in Bau; mit der Rate für Straßenneubau im Bundeshaushalt von 1,2 Mrd. EUR pro Jahr braucht man 15 Jahre, um die heute im Bau befindlichen Projekte zu Ende zu bauen. Diese Zeitspanne kann verkürzt werden, wenn man – wie Bayern das in großem Stil tut – Mittel, die für die Erhaltung gedacht sind, für den Neubau zweckentfremdet. Die unausweichliche Folge ist, dass bestehende Straßen und Brücken bröseln und bröckeln. Inzwischen hat sich in Deutschland ein Sanierungsrückstand von ca. 25 Mrd. EUR aufgebaut.

Bei der Schiene ist die Lage noch dramatischer. Die Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene scheitert im Moment daran, dass kein Platz mehr auf den Gleisen ist und die Schienenknoten überlastet sind.

Doch anstatt an der richtigen Stelle zu investieren, um die Leistungsfähigkeit des Schienennetzes zu erhöhen, fließt das Geld in ICE-Prestigeprojekte, die dem Güterverkehr nichts bringen oder wo – wie bei Stuttgart21 – sogar noch Kapazität rückgebaut wird.

Dies alles vor dem Hintergrund, dass der Verkehrssektor zu 95 Prozent vom Öl abhängig ist und bis heute noch keinerlei Beitrag zum Klimaschutz geleistet hat – im Gegenteil, die Treibhausgas-Emissionen aus dem Verkehr sind seit 1990 um über 30 Prozent gestiegen, während sie in den Sektoren Industrie, Energie und private Haushalte gesunken sind.

Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

Was tun? Wir müssen umsteuern, wir brauchen eine umwelt- und klimaverträgliche Verkehrspolitik, die die richtigen Schwerpunkte setzt, die von der Mobilität her denkt statt von der Infrastruktur und die auf kurze Wege und weniger transportintensives Wirtschaften ausgerichtet ist. Ein großer Teil des Verkehrs wird durch falsche Rahmenbedingungen erzwungen und erfolgt unfreiwillig. Deshalb wollen wir einen ganzheitlichen Bundesmobilitätsplan statt des bisher üblichen Ausbaukatalogs. Da Mobilität an der Haustür beginnt, gehört die Siedlungsentwicklung mit Nahversorgung und Arbeitsplätzen am Wohnort sowie Vorfahrt für Fuß- und Radverkehr genauso dazu wie Vorschriften, die Lärm und Abgase an der Quelle, also am Fahrzeug, deutlich verringern. Verkehr muss leise und sauber werden. Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen kostet nichts, doch es verbessert den Verkehrsfluss und macht die Anschaffung übermotorisierter, schwergewichtiger Pkw unnötig.

Für eine gute Mobilitätspolitik braucht man nicht unbedingt mehr Geld. Eine Pkw-Maut ist nicht notwendig. In der Form einer Vignette lehnen wir sie ab, weil sie Vielfahrer bevorteilt und keine Lenkungswirkung hat. „Das Modell Vignette ist ungerecht, ökologisch unsinnig und unsozial“ – sagt der ADAC. Wenn die Pkw-Maut einen nennenswerten Betrag in den Haushalt bringen soll, müssten auch deutsche Autofahrer kräftig zur Kasse gebeten werden, und zwar ohne Kompensation, denn der Verkehrsanteil ausländischer Pkw auf unseren Autobahnen wird gerne überschätzt: er liegt bei ca. fünf Prozent. Dagegen wollen wir die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen ausweiten und in zwei Stufen erst Lkw ab 7,5 Tonnen und später ab 3,5 Tonnen in die Lkw-Maut einbeziehen.

Das Rückgrat der klimafreundlichen Mobilität ist der öffentliche Verkehr, sei es in der Stadt oder auf dem Land. Während in den Ballungsgebieten die öffentlichen Verkehrsmittel in den Hauptverkehrszeiten mit Überlastung zu kämpfen haben, fehlt in der Fläche oft ein bedarfsgerechtes Angebot. Seit dem 1. Januar 2013 gilt das neue Personenbeförderungsgesetz. Die Landkreise haben nun alle Fäden im regionalen Nahverkehr in der Hand, um attraktive Takt-Fahrpläne zu gestalten und ein durchdachtes Angebot zu entwickeln, bis hin zum gut vernetzten Übergang zum Nah- und Fernverkehr auf der Schiene. Viele Landräte sind sich der Möglichkeiten und auch der Verpflichtung, die sie im regionalen Busverkehr haben, noch gar nicht richtig bewusst. Besonders beim öffentlichen Verkehr geht es auch um ein neues, verkehrsträgerübergreifendes Konzept, das Bahn und Mietauto oder Leihfahrrad mit einem Fahrschein ermöglicht und in dem die Fahrradmitnahme eine Selbstverständlichkeit ist.

Mobilität ermöglicht Teilhabe am sozialen Leben, und Gütertransport sichert die Angebotsvielfalt und den Wohlstand. Grüne Mobilitätspolitik ist Teil der Daseinsvorsorge des Staates und nicht bloß Infrastrukturausbau. Sie will erschwingliche und umweltfreundliche Mobilität für alle sichern. ▪

Umgehnix Obinga

Wir befinden uns im Jahr 2013 n.Chr. Alle Häuptlinge in ganz Südost-Gallien wollen für ihre Dörfer eigene Umgehungsstraßen. Auch alle Bürger? Nein!!

Ein paar unbeugsame Gallier aus Obinga hören nicht auf, dem Straßenbauwahn Widerstand zu leisten. Und sie machen das Leben nicht leicht für die asphaltverliebten Straßenplaner Sebaldus Rex, Ramsausus Gasfus und Versteinmasselmas. Denn der Bau einer Ortsumgehung ist für diese Widerspenstigen nicht das Allheilmittel für alle Verkehrsprobleme Obingas. Ganz ohne Zaubertrank setzen sie auf andere Lösungen: Zum Beispiel auf die LKW-Maut auf allen Straßen, um Mautflucht auf untergeordnete Straßen zu verhindern und die Speditionen zu einer verbesserten Auslastung ihrer Fahrzeuge zu motivieren. In der Schweiz, bei den Helvetiern, hat man damit beste Erfahrungen gemacht.

Das Schienennetz für den Gütertransport muss dringend ausgebaut werden, was sogar die Häuptlinge Industrix und Handelskammerix fordern.Gerade die Bewohner der ländlich geprägten Regionen brauchen ein deutlich verbessertes Angebot des öffentlichen Nahrverkehrs und eine bessere Anbindung der Busse an die vorhandenen Zugstrecken.

Und innerorts Tempolimit 30 und mehr Querungshilfen erleichtern Verleihnix auf dem Radl und Gutemiene zu Fuß das sichere Erreichen ihrer Ziele. Dies alles ließe sich jetzt sofort und ohne großen finanziellen Aufwand umsetzen.

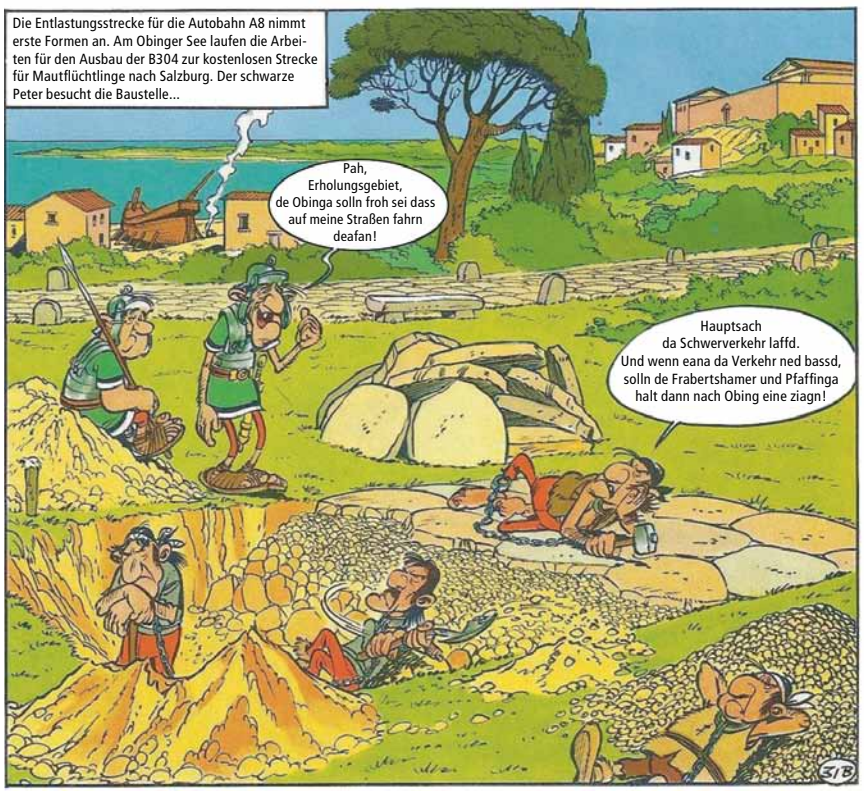
Die Widerspenstigen sehen nicht ein, dass mit all den Umgehungsstraßen die Waren viel zu billig drei-, viermal quer durch Europa gekarrt werden, bis sie in Obinga im Geschäft landen.

Außerdem besteht die Gefahr, dass sich aufgrund der Ortsumgehung nicht mehr alle Wirtsleute und Geschäfte im Ort halten können. Nur Lidanix wird an die neue Straße ansiedeln und obs dann noch Jetzingblumix, Nahkaufnix und Hagebuttenteefix geben wird?

Da Obinga über ein breites Angebot verfügt, liegt es in unserer eigenen Verantwortung regional einzukaufen. Auf diese Weise lassen sich sowohl Autofahrten als auch weite Transporte vermeiden und eine lebendige Infrastruktur erhalten. Es kann sich jeder selbst überlegen, ob er nicht mit dem Radl fahren oder zu Fuß gehen kann anstatt das Auto zu benutzen.

Majestix Thurnix hat´s gut: Er lässt sich jetzt auf dem Schild tragen und schont so Auto und Umwelt. ▪

Text: Brigitte Lebert / Cornelia Leupold / Simone Stettwieser



Carsharing Auto – Teilen statt eigenes Auto?

Gerade im Ländlichen Raum ist Mobilität ein bedeutendes Thema, und in den meisten Fällen steht sie in Verbindung mit dem eigenen Auto. Die meisten Strecken sind für das Fahrrad oder einen Fußmarsch zu weit, der ÖPNV ist nur selten in der Lage eine flächendeckende Versorgung zu liefern. Vor allem auch eine, die zeitlich den Bedürfnissen der Fahrgäste entspricht. Unter anderem deswegen halten sich die Fahrgastzahlen in Grenzen, so dass es sich umgekehrt für die Anbieter auch selten rentiert, das Angebot auszuweiten. Die Alternativen zum Auto halten sich also in Grenzen.

Kleinere ehrenamtliche Initiativen wie der LEO oder der Bürgerbus helfen zwar, das Angebot ein wenig breiter zu machen. Doch solange politische Maßnahmen ausbleiben, die den ländlichen ÖPNV fördern, ist es wohl so, dass eine durchschnittliche Familie auf dem Land nicht auf ein Auto verzichten kann, selbst wenn sie es aus Kostengründen oder Umweltbewusstsein gerne würde.

Nicht jedeR benötigt aber tagtäglich ein Auto, und oft stehen gerade Zweitautos häufig ungenutzt herum. Das durchschnittliche Fahrzeug wird nach einer Studie vom Bundesamt für Statistik gerade mal eine Stunde pro Tag bewegt. Wäre es da nicht nahe liegender, diese Fahrzeuge gemeinsam, und damit effizienter, ressourcensparender und kostengünstiger zu nutzen? Schon seit einigen Jahren entwickelt sich vor allem in städtischen Gebieten das Carsharing zunehmend zur Alternative zum eigenen Auto. Der Bundesverband Carsharing (bcs) verzeichnete Anfang 2012 ca. 100 Anbieter, deren 220.000 Mitglieder in 309 Orten sich ca. 5600 Fahrzeuge teilen. Dazu kommen ca. 40 weitere Initiativen, die nicht im Dachverband organisiert sind. Ließe sich so auch auf dem Land das Zweit- und vielleicht sogar auch das Erst-Auto ersetzen?

Jedes Carsharing-Fahrzeug ersetzt 4-8 private PKW

Laut der Broschüre *Klimaschutz durch Carsharing* des bcs, ersetzt je nach Studie ein Carsharing-Fahrzeug bis zu 8 private PKW. Alleine also in der Fahrzeugherstellung werden so Ressourcen geschont. Die in der Produktion verbrauchte Energie macht bis zu 25% der Gesamtenergiebilanz des Fahrzeugs über seine Lebensdauer aus (Quelle: Studie VW Golf A4). Hinzu kommt laut einer Schweizer Studie eine Reduktion von 290 kg CO_2-Ausstoß pro Carsharing-Teilnehmer. Diese leiten sich aus geringerer durchschnittlichen Motorisierung der Fahrzeuge, besserer Planung der Fahrten, sowie einer höheren Nutzung von Alternativen ab. Denn auch dies ist ein Phänomen, das wohl jedem Autofahrer bekannt sein wird: Die Frage nach Alternativen ergibt sich oft nicht, wenn doch eine „praktische Lösung“ direkt vor der Tür steht.

Weitere Alternativen im ländlichen Raum?

Carsharing könnte also neben dem dringend notwendigen weiteren Ausbau der Nahverkehrstrukturen ein zusätzliches Angebot darstellen, das die anderen Verkehrsmittel sinnvoll ergänzt. Ebenso könnten durch eine bessere Auslastung der Fahrzeuge (momentan durchschnittlich 1,5 Passagiere pro PKW, Quelle: VCD) durch Mitfahrgelegenheiten (bspw. Mifaz.de, flinc.org, mitfahrgelegenheit.de,...) sowohl eine Reduktion der Fahrtkosten, als auch eine Reduktion der Pro-Kopf-CO_2-Produktion erreicht werden. Und auch hier gilt, dass die einfachsten und effektivsten Lösungen regional ansetzen und von unten her angestoßen werden müssen. ▪

Text: Bertolt Graichen

Auto-Teilen auf dem Land Die Ameranger Auto-Gemeinschaft

In Amerang existiert bereits seit fast 8 Jahren ein Carsharing-Verein. Dr. Walter Satzinger und Tilo Teply sind Gründungsmitglieder. Mit bei unserem Gespräch dabei war auch Klaus Breindl, Vorstand im bereits seit 20 Jahren bestehenden Vaterstettener Autoteiler, der über 7 Jahre hinweg im Vorstand des Bundesverbandes Carsharing saß, und bei vielen lokalen Initiativen Gründungshilfe geleistet hat.

Herr Satzinger, wie kommt man auf die Idee, in Amerang ein Gemeinschaftsfahrzeug einzuführen?

Satzinger: Vor ca. 8 Jahren haben Tilo und ich uns auf einem Bürgerbus-Ausflug auf dem Wendelstein über das Thema unterhalten. Bei einer ersten Info-Veranstaltung mit Herrn Breindl, die bald darauf folgte, kamen dann noch 6 weitere Interessenten dazu. Und bald darauf hatte Amerang das erste Gemeinschaftsauto.

Und 8 Leute waren genug, um das Projekt so durchzuziehen?

Satzinger: Für den Anfang ja. Natürlich hatten wir die Hoffnung, dass sich noch weitere Teilnehmer dazu gesellen würden. Doch die Zahl blieb – bei einigen Wechseln – über die Jahre hinweg recht konstant. Auch deshalb gibt es immer noch nur ein Ameranger Gemeinschaftsauto; hätten wir zwei oder drei, wäre die Attraktivität unseres Angebots sicher größer. Momentan sind wir dabei, verschiedene Modelle für eine Erweiterung unserer Gemeinschaft durchzuspielen: die Gemeindeverwaltung und Vereine des Dorfes als Mitglieder zu gewinnen, unser Einzugsgebiet durch Hol- und Bringdienste auf das Ameranger Umland auszudehnen, einen weiteren Standplatz in einem anderen Gemeindeteil einzurichten.

Breindl: Je ländlicher das Gebiet ist, umso schwieriger wird es, die kritische Masse zu erreichen, ab der ein stetiges Wachstum möglich ist. Je mehr Leute teilnehmen, desto mehr trägt sich das Projekt, desto mehr Fahrzeuge können bereitgestellt werden.

Und desto mehr Planungssicherheit ist für alle gegeben. Der schwierigste Punkt scheint der zu sein, an dem man das zweite Fahrzeug bereitstellen will. Da ist gerade im ländlichen Raum, in dem die Wohndichte relativ gering ist, zu überlegen, die Strategie abzuändern. So könnte beispielsweise mit Überlassungsfahrzeugen gearbeitet werden, also Privat- oder Vereinsfahrzeugen, die gegen eine Nutzungsgebühr den Carsharern überlassen werden.

Was Versicherung und alles weitere angeht, gibt es hierzu vielfältige Angebote, die oftmals sogar auch die die technische Infrastruktur kostengünstig zur Verfügung stellen.

Teply: Das hat sich in Amerang auch fast von selbst in diese Richtung entwickelt. Unter anderem werden bei uns auch die Erst-Fahrzeuge der anderen Autoteiler zu den gleichen Bedingungen verliehen, die auch für das Gemeinschaftsauto gelten, damit so das Angebot ausgeweitet werden kann.

Technische Infrastruktur und Nutzungsbedingungen sind gerade auch gute Stichwörter. Wie funktioniert denn das Autoteilen für den Einzelnutzer?

Satzinger: Jedes unserer Mitglieder leistet bei Eintritt in den Verein eine rückzahlbare Einlage, quasi als Kaution. Ansonsten berechnen sich die Kosten für die einzelne Fahrt nach Dauer der Nutzung und Zahl der gefahrenen Kilometer. Die Spritkosten sind darin enthalten. Wer das Auto braucht, bucht seine Zeiten im Buchungssystem auf unserer Webseite. Das Fahrzeug steht auf einem reservierten Stellplatz im Dorf, der Zündschlüssel ist für jeden Teilnehmer zugänglich hinterlegt. Auch Kindersitze sind darin. Also hingehen, einsteigen, abfahren und nach der Rückkehr das Fahrtenbuch ausfüllen – das ist alles. Das Auto steht also für jeden Teilnehmer zur Verfügung, solange er es vorher gebucht hat.

Teply: Natürlich gibt es hier auch die Notwendigkeit zur Kommunikation unter den Teilnehmern. Z.B. falls das Auto wider Erwarten doch etwas länger genützt werden soll, oder es zu Terminkollisionen kommt, was aber sehr selten vorkommt. Aber untereinander wird schon darauf geachtet, dass jeder von uns einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Auto pflegt.

Breindl: Prinzipiell findet hier jeder Verein seine eigene Regelung, was Kosten und Nutzungsordnung angeht. Klar ist aber natürlich, dass die einzelnen Fahrten festgehalten und abgerechnet werden müssen, genauso wie die verschiedensten Auslagen, z.B. wenn einer der Teilnehmer das Auto voll tankt.

Das bedeutet natürlich auch ein wenig ehrenamtliches Engagement. Aber sowohl für Verträge als auch Abrechnungen gibt es unzählige Beispiele, die sich die Carsharing-Nutzer ansehen können, und dann entscheiden, wie sie ihren Verein gestalten wollen.

Nun ist es ja so, dass das Autofahren nicht immer vollkommen reibungslos abläuft. Was ist, wenn es einen Unfall gibt?

Satzinger: Natürlich gab es auch bei der AmAG schon ein paar Unfälle. Wir sind aber über den bcs gut volllkasko-versichert. Der Selbstbehalt liegt bei 300€, zu einer Hochstufung der Schadensfreiheitsklasse kommt es im Schadensfall nicht.

Und würden Sie sagen, dass es sich für Sie finanziell tatsächlich rechnet? Was ist der Nutzen für die Teilnehmer?

Teply: Auf jeden Fall rechnet es sich. Alleine schon dadurch, dass ich mir den Zweitwagen erspare. Und weil ich so auch den Zugriff auf ein größeres Auto habe – der Opel Zafira der AmAG ist ein 7-Sitzer mit Anhängerkupplung – kann der Erstwagen sehr viel kleiner sein. Also auch hier eine Ersparnis. Je nachdem wie viel ich in einem Jahr fahre, würde ich schätzen, dass die Ersparnis so zwischen 300 und 600€ liegen dürfte.

Satzinger: Auf jeden Fall lernt man als Mitglied einer Autogemeinschaft sehr viel disziplinierter mit Ressourcen umzugehen. Die Fahrten werden besser geplant, und viele eigentlich unnötige Fahrten eingespart. Auch die Kosten der einzelnen Fahrt werden genau kalkulierbar und können dadurch in einen direkten Vergleich mit anderen Verkehrsmitteln gestellt werden.

Insgesamt wird der Umgang mit Mobilität dadurch eindeutig bewusster, und folglich auch nachhaltiger. ▪

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Bertolt Graichen

Bei weiterem Interesse am Auto-Teilen, einfach eine E- mail an: Carsharing.Obing@gmail.com

Energetische Sanierung der Mittelschule Obing Eine Initiative der PAO

Im April 2008 stellte die PAO den Antrag im Gemeinderat, für alle kommunalen Gebäude in Obing einen bedarfsorientierten Energieausweis erstellen zu lassen. Der sollte Grundlage für ein späteres energetisches Gesamtkonzept werden.

Mit der größten Gesamtfläche stand damals v.a. die jetzige Mittelschule, damals noch Hauptschule, mit ihrer völlig unökologischen und kostenaufwändigen Elektroheizung im Fokus der Überlegungen. Die 18.000 Euro, die jährlich für den Betrieb der Nachtspeicheröfen aufgebracht werden mussten, waren der PAO schon lange „ein Dorn im Auge“. Ein Jahr später, am 01.07.2009 wurde es dann Pflicht, dass für alle öffentlichen Gebäude über 1000 qm Nutzfläche ein Energieausweis erstellt werden muss.

Das energetische Gesamtkonzept wurde bis dato leider noch nicht umgesetzt, doch darf der damalige Antrag durchaus als „Initialzündung“ für die darauf folgende Sanierung des Gesamtgebäudes nicht nur in energetischer, sondern auch

in brandschutztechnischer und barrierefreier Hinsicht gesehen werden. Was war geschehen? Wie nicht anders zu erwarten, zeigten die Untersuchungen für den Energieausweis, die von den Ingenieurbüros Weig (Architektur) und Lackenbauer (Energiekonzepte) durchgeführt wurden, insgesamt großen Handlungsbedarf bei dem z.T. schon 40 Jahre altem Gebäude. Dessen Umsetzung wäre allerdings aus finanzieller Sicht für die Gemeinde Obing alleine unmöglich zu stemmen gewesen, hätte nicht die Bundesregierung im Januar 2009 das Konjunkturpaket II mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro beschlossen. Kernstück des Maßnahmenbündels waren ein „großer Investitionspakt“ in Höhe von 17 bis 18 Milliarden Euro für den Ausbau und die Sanierung von Bildungseinrichtungen – also eigentlich ideal für die Planungen in Obing! Und: mit den Ergebnissen aus der Erstellung des Energieausweises stand man quasi schon in den Startlöchern für eine entsprechende Antragsstellung. Das Problem des engen Zeitfensters zur Beantragung der Fördermittel konnte mithilfe der konzentrierten Zusammenarbeit aller Beteiligten gelöst werden und die Gemeinde Obing bekam tatsächlich die Zusage über Fördermittel in Höhe von 1,190 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II sowie 720.000 Euro aus dem Finanzausgleich. Auch der zunehmende Bedarf an einem erweiterten Angebot für die Mittagsbetreuung konnte dann in die weitere Planung mit integriert werden - ebenfalls mit einer entsprechenden Förderung durch Mittel des Finanzausgleichs in Höhe von weiteren 140.000 Euro. Die gesamte Maßnahme hat letztlich einen Eigenanteil der Gemeinde in Höhe von 2.050.000 Euro gefordert.

Viel Geld, aber Obing verfügt damit über einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor: eine Schule, die in auch Zukunft den baulichen und ausstattungstechnischen Anforderungen gerecht sein wird und somit eine solide Ausgangsbasis für die Ausbildung der zukünftigen Generationen ist. ▪

Text: Thomas Breu

Obing und der See

Wir Obinger können stolz sein. Was haben wir doch für einen wunderbar in der Landschaft gelegenen See. Wirtshäuser, Kirche, Rathaus und See ganz dicht nebeneinander. Wir erfreuen uns am See und wir nutzen ihn: Baden, Schifferl fahren, Eisstock schießen, Fischen, Wandern. Fremdenverkehr in Obing wäre ohne den See nicht denkbar. Er ist für viele Familien in Obing die Grundlage für die wirtschaftliche Existenz.

Also alles in bester Ordnung? Leider nein. Der Schein (das Glitzern, das Leuchten in der Abend - oder Morgensonne auf dem See) trügt. Tauchen wir einfach mal ein paar Meter unter und schauen, was sich unterhalb der Wasseroberfläche von den meisten unbemerkt abspielt.

Seit Jahrzehnten werden über die Zuflüsse zum See die Pflanzennährstoffe Phosphor und Nitrat eingetragen. Der See ist überdüngt und es kommt zu erhöhtem Pflanzen- und Algenwachstum. Absterbende Pflanzen wiederum verursachen durch mikrobiellen Abbau einen erhöhten Sauerstoffverbrauch im Wasser. Die Sauerstoffzehrung führt dazu, dass v.a. in unteren Schichten sauerstofffreie Zonen entstehen. Diese Zonen sind geprägt von Arten- und Fischarmut. Der Obinger See ist als eutroph einzustufen, d.h. er ist ein nährstoffreicher See mit hoher Pflanzenproduktion (zunehmende Belastungsstufen: Oligotroph, mesotroph, eutroph, polytroph). Dies zeigt sich u. a. auch in der geringen Sichttiefe.

Der überwiegende Nährstoffeintrag stammt von den umliegenden landwirtschaftlichen Flächen im Seeeinzugsgebiet. Phosphor gelangt hauptsächlich über Dränagen und Sickerabfluss (Zwischenabfluss aus dem Boden und Grundwasser) in die Gräben und Bäche, ein kleinerer Teil über Bodenabtrag und Oberflächenabschwemmung.

Wie kann man gegensteuern?

Jeder, der Flächen im Einzugsgebiet des Obinger Sees bewirtschaftet, kann die Entwicklung positiv beeinflussen, indem er alle Maßnahmen meidet, die den Eintrag von Nährstoffen in die Zuflüsse zum See verursachen oder verstärken. Wichtig wären beispielsweise eine bedarfsgerechte Düngung und Gülleausbringung zum richtigen Zeitpunkt, die Einhaltung von ausreichenden Abständen zu Bächen und Gräben (Uferstreifen) bei der Bewirtschaftung sowie eine extensive Nutzung von steilen Hanglagen, nassen Auflächen und natürlichen Abflussmulden. Grünland sollte auf keinen Fall mehr umgebrochen werden und es sollten keine neuen Dränagen mehr verlegt werden. Wo möglich sollten vorhandene Dränagen wieder rückgebaut und für Ackernutzung eigentlich ungeeignete Flächen wieder zu Grünland umgewandelt werden. Verrohrte Bachabschnitte sollten wieder geöffnet und naturnah gestaltet werden. Das wären nur einige Beispiele.

Die Gemeinde kann die Landwirte unterstützen. Sie kann beispielsweise die Entwicklung von Uferstreifen fördern, indem sie an die Landwirte für die Beeinträchtigungen oder Mindererträge Ausgleichszahlungen leistet. Sie kann die naturnahe Entwicklung von Bächen und Gräben fördern (größere Selbstreinigungskraft und größerer Nährstoffrückhalt), sie kann den Gewässerentwicklungsplan umsetzen, sie kann besonders sensible Flächen kaufen oder eintauschen, sie kann Informations- und Beratungsarbeit leisten, sie kann ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Wasserqualität im Obinger See erstellen lassen und konsequent in enger Abstimmung mit den Landwirten umsetzen. Sie muss v. a. in Person des ersten Bürgermeisters auf die Landwirte zugehen. Da sicherlich manche geeignete oder effektive Maßnahmen (noch) nicht umsetzbar sind, sollte von allen Beteiligten versucht werden, an möglichst vielen Stellschrauben zu drehen.

Der Wunsch und das Ziel, für unsere nachfolgenden Generationen unseren See in seiner Schönheit zu erhalten und die Wasserqualität zu verbessern, sollten bei allen betrieblichen Entscheidungen der Landwirte und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen der Gemeinde mit ganz oben stehen.

Text: Korbinian Stettwieser

Jugendarbeit in der Gemeinde Obing

Nach Artikel 57 der bayerischen Gemeindeordnung ist Jugendarbeit eine kommunale Pflichtaufgabe. Daraus ergibt sich letztlich ein breites Aufgabenspektrum, von denen hier nur einige genannt sind: Verantwortung für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde, Zusammenarbeit mit Schulen, Kooperation mit Organisationen, Verbänden, Vereinen, Initiativen, Bauleit- und Ortsplanung etc.Lebendige und vielfältige Angebote für Jugendliche können aber nur dann entstehen, wenn es darüber hinaus noch etwas anderes gibt: in Obing sind das z.B. in sehr großem Umfang die Vereine, die eine ganz hervorragende Kinder- und Jugendarbeit leisten. Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger bringen hier als Übungsleiter ihre Freizeit ein, um Jugendliche in die Vereinsarbeit zu integrieren.Dann gibt es noch die „Hütten“, hier stecken Jugendliche viel Zeit in „ihr Projekt“, schaffen sich etwas Eigenes und lernen dabei, Verantwortung zu übernehmen.

Seit einigen Jahren hat Obing auch einen kommunalen Jugendtreff. Die Gemeinde schafft die Rahmenbedingungen in Form von Räumlichkeiten und Personal und auch hier wird erwartet, dass die Jugendlichen selbst mit anpacken, was z.B. die Gestaltung der Räume betrifft.

Die PAO meint, dass all diese Angebote als Ganzes gesehen werden müssen, sie dürfen sich nicht als Konkurrenz, sondern als gegenseitige Bereicherung sehen. D.h., es darf keine Utopie sein, dass ein Jugendlicher sich regelmäßig mit Freunden in „seiner Hütte“ trifft, im Verein Fußball spielt und dann auch noch ein Angebot des Jugendtreffs besucht.

Wir haben in Obing ,im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden, das Glück vielfältiger Angebote für unsere Kinder und Jugendlichen. Wir sehen es als große Chance, gemeinsam aus privatem, vereinsmäßigem und öffentlichem Engagement auch weiterhin wertvolle Jugendarbeit zu leisten. ▪

Text: Thomas Breu

Internet-Breitbandverbindung im ländlichen Raum

Privileg für ein paar Wenige oder ein wichtiger Standortfaktor?

Um es gleich vorweg zu nehmen: für die PAO steht die Bedeutung einer flächendeckenden Breitbandversorgung – auch und vor allem im ländlichen Raum - außer Zweifel! Der Zugang zu Informationen und Serviceangeboten aus dem World Wide Web mag nicht jene existenzielle Bedeutung haben, wie die ständige Verfügbarkeit von Wasser oder Strom. Mit Blick auf Aspekte wie Wettbewerbsfähigkeit oder Chancengleichheit – nicht zuletzt im Bildungsbereich – gehört das Bestehen von Zugangsmöglichkeiten zu Informationen aus dem Internet aber fraglos zu jenen Gegebenheiten, die auch im ländlichen Raum vorhanden sein müssen, wenn hier im Vergleich zu städtischen Ballungsgebieten gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden sollen. Und das gilt nicht nur für mittelständische Unternehmer und Freiberufler.
Auch für Privatpersonen zählt die Versorgung mit Internetanschlüssen zu denjenigen Infrastrukturanforderungen, die die Wohnortwahl maßgeblich beeinflussen können. Auch von der Politik wurde dies erkannt und dadurch erfolgte die Aufstellung flächendeckender Fördermaßnahmen in Form von Zuschüssen für jene Kommunen, die sich für den Ausbau des Breitband-Internets entschieden. Für Obing hieß das: Zuschuß in Höhe von 70 Prozent der Bausumme, jedoch höchstens 100.000 Euro.
Eine erste Erhebung zeigte, dass Frabertsham mit seinen ca. 280 Einwohnern eine klare Unterversorgung, was die Übertragungsgeschwindigkeit betrifft, aufwies. Dauert ein Foto-Upload von 30 MB in Obing gerade mal sechs Minuten, musste der Frabertshamer dafür sage und schreibe 100 Minuten warten!
Die Planungen fanden allerdings im Obinger Gemeinderat zunächst keine Mehrheit- v.a. wegen der ermittelten Baukosten in Höhe von 145.000 Euro. „Nicht notwendig, kein Bedarf, zu viel Geld für so wenig Nutzer“ - das waren die gängigen Argumente. Erst durch einen erneuten Antrag der PAO kam Schwung in die Sache- als absehbar wurde, dass auch dieser erneute Vorstoß am Votum des Gemeinderats scheitern würde, gründeten die Frabertshamer eine Bürgerinitiative und dieser öffentliche Druck brachte letztendlich den Durchbruch in Form einer konkreten Erschließungsplanung. So werden die Frabertshamer, Allertshamer, Schabinger und Niederhamer etc. ab dem Frühjahr 2013 eine weitere Gemeinsamkeit mit den Obingern haben: eine moderne, schnelle und zukunftsträchtige Verbindung ins World Wide Web. Der PAO ist es ein Anliegen, dass dies bald auch die Haiminger, Ilzhamer, Honauer .... von sich behaupten können. ▪

Text: Thomas Breu

Die PAO und Familie 2.0 Gemeinsam für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Berufstätigkeit und Kinder - das ist so eine Sache. Gesellschaftlich anerkannt ist das klassische Modell, wo der Vater Vollzeit arbeitet und die Mutter hauptsächlich daheim bleibt. Manchmal ist jedoch kein Papa da oder das einzelne Einkommen reicht nicht. Aber nicht nur äußere Zwänge spielen heute eine Rolle. Die Väter wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen und Mütter wollen ihrer Qualifikation entsprechend arbeiten. Die Familie als solche ist nicht mehr die, die sie noch vor 30 Jahren war. Das ist nicht besser oder schlechter, sondern anders.
Am 8.3.2013 haben 4 Frauen aus Deutschland die bundesweite Initiative Familie 2.0 gestartet, das Trostberger Tagblatt berichtete. Ich bin eine dieser 4 Frauen und komme aus Obing. Wir wenden uns mit einem offenen Brief an Frau Merkel, Frau Schröder und Frau von der Leyen und wollen erreichen, dass die Politik uns Eltern hört, damit Familie und Beruf WIRKLICH vereinbar werden. Im Internet sind wir recht erfolgreich, allein 18.000 Mal wurde in den ersten 2 Wochen auf unsere Homepage **www.familie-zwei-Punkt-null.de** zugegriffen.
Ich glaube, dass Obing noch einiges für seine Eltern tun kann. Die Kindergärten vor Ort sind gut, aber die Betreuungszeiten bis 14 Uhr reichen vielen Eltern nicht aus. Mit großem Bauchweh schaue ich auf die Schulzeit, wie sieht die Betreuungssituation da aus? Und die Demografie macht auch vor Obing nicht halt. Eine Zusammenarbeit zwischen Großelternlosen-Eltern und der Kinderlosen-Generation 60+ ist gewiss für alle Seiten von großem Nutzen.
Im Sinne eines attraktiven Standortes ist es sicher zielführend, sich auch auf diese Punkte zu konzentrieren. Die PAO unterstützt die Forderungen* von Familie 2.0 und gerne würde ich zukünftig die PAO in ihren Anliegen unterstützen. ▪

Gastbeitrag: Tina Weinmayer, Familie 2.0

*Forderungen:
Ein einheitliches Bildungssystem in allen Bundesländern, qualitativ hochwertigere Betreuungsangebote für unsere Schulkinder innerhalb unserer Arbeitszeiten, besser bezahlte Erzieher/ Pädagogen, eine bessere Einbindung der Generation 60+, flexible Arbeitszeitlösungen für Mütter und Väter, kein Ehegattensplitting, sondern eine steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern

Alles vor Ort

Unsere Kleidertausch-Party hat Spaß gemacht. Obwohl es ganz was Neues war in Obing, kamen viele Leute von 16 bis 60, ausgelassene Stimmung durch viel Kleidertausch bei mitreißender Tanzmusik – ein wundervoller Abend, toll unterstützt durch die Wirtsleut. Die haben extra für uns das Wirtshaus am eigentlichen Ruhetag aufgemacht, mit aufwändiger Speisekarte, zwei fröhlichen Bedienungen und einladender Saaldekoration mit Frühlingsblumen und Tischdecken. Eingeheizt wurde schon drei Tage zuvor, damit wir‘s schön warm haben.
Das hat mich nachdenklich gemacht. Wissen wir immer zu würdigen, wie gut wir es in Obing haben mit unseren vielen schönen und guten Wirtshäusern und vielfältigen Geschäften? Diesen Segen können wir uns nur erhalten, wenn wir ihn auch nutzen. Eine gute Zeche in einem Obinger Wirtshaus ist auch eine gewisse Wertschätzung für die Arbeit und das Engagement der Wirtsleut. Einkaufen in Obing trägt dazu bei, dass wir auch in Zukunft nicht wer weiß wie weit fahren müssen, um die Dinge für unseren täglichen Bedarf zu erlangen. ▪

Text: Susn Blank-Breu

Aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Auf der Tagesordnung stand aufgrund der Wichtigkeit und des zu erwartenden Diskussionsbedarfs nur ein Thema:
Der Bau eines Flugplatzes für Frachttransportflugzeuge auf dem Gemeindegebiet von Obing durch einen großen Logistikunternehmer.
Der Investor hat sich mit dem Vorhaben an den Gemeinderat Obing mit der Bitte um Unterstützung und größte Geheimhaltung gewandt. Er will seine Leistungsfähigkeit mit mehreren dezentralen Frachtflughäfen deutschlandweit stark ausweiten. Im Gemeindegebiet von Obing sind 3 Standorte wegen des günstigen Umfeldes in der engeren Auswahl:
- Irlham/Frabertsham
- Landertsham/Voglöd
- Stöttwies/Honau

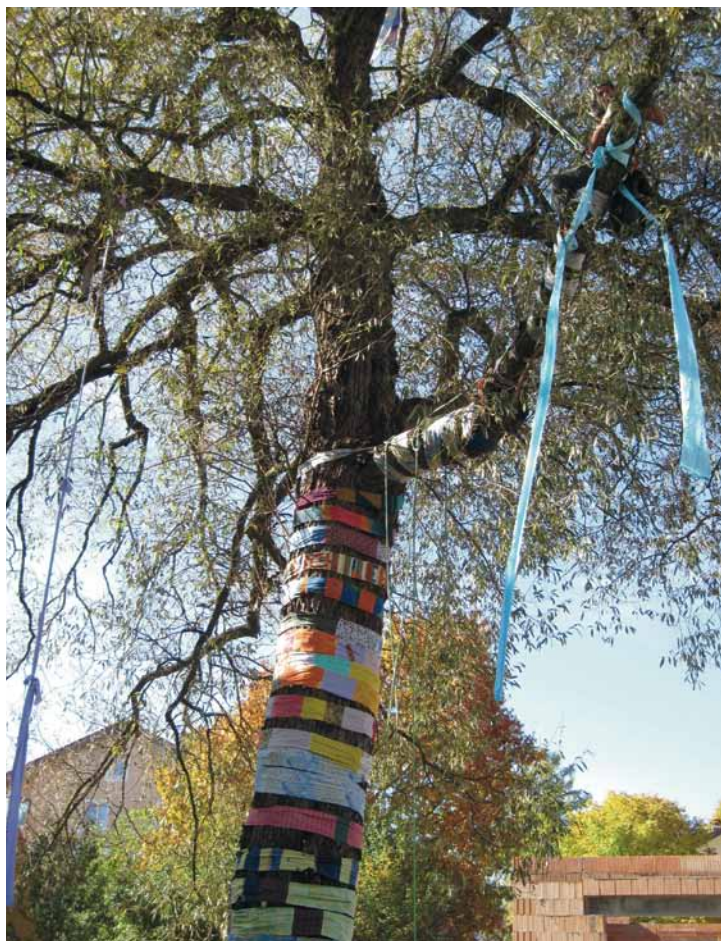
Die Anlage besteht aus einer Start- und Landebahn und mehreren größeren Gebäuden. Die geschätzte beanspruchte Fläche ist etwa 30-50 ha. Auf die Frage, warum größte Geheimhaltung verlangt werde, antwortete der Bürgermeister, dass schon Grundstücksverhandlungen liefen, und dass der Investor befürchte, bei frühzeitiger Bekanntgabe könnte das Projekt durch Bürgerproteste scheitern. Das Projekt werde von der Regierung als zuständige Genehmigungsbehörde und vom Wirtschaftsministerium grundsätzlich befürwortet. Außerdem entspräche es den Zielen des neuen Landesentwicklungsprogrammes. Ludwig Mörner erläuterte den Genehmigungsweg für das Projekt. Zunächst müsse ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden und die Gemeinde müsse den Flächennutzungsplan ändern. Der Investor müsse dann zu seinen Planungen auch alle relevanten Umweltgutachten und Nachweise vorlegen. Dann könnte das Planfeststellungsverfahren starten. Bei einem positiven Bescheid könnte der Investor bauen, sobald die Grundstücksfragen geklärt sind. Eine Grundstücksenteignung wäre möglich, wenn festgestellt wird, dass das Projekt dem Allgemeinwohl dient. In der anschließenden Diskussion wurden von verschiedenen Gemeinderäten die folgenden Anregungen und Anmerkungen vorgebracht:

Wenn schon ein Frachtflughafen kommen soll, dann wäre es doch gleich sinnvoll, den Flugplatz auch noch für Personen- oder Geschäftsverkehr zuzulassen. Das würde den Standort Obing noch attraktiver machen.
Vor Zustimmung durch die Gemeinde sollte in jedem Fall vom Investor die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen sein. Die Finanzierung müsse absolut sicher sein, damit keine Bauruine entstünde.
Die Gemeinde solle das Projekt tatkräftig unterstützen. Sie könnte z.B. Tauschflächen erwerben.
Das Gebiet Landertsham/Voglöd wäre ideal, allerdings sollte der vorkommende Kies noch vorher abgebaut werden, um die Flächen bestmöglich zu nutzen.
An das geplante Flugplatzgelände könne doch idealerweise gleich ein neues Gewerbegebiet der Gemeinde angeschlossen werden. Das Anbindegebot, das sowieso abgeschafft gehöre, könne doch in so einem Sonderfall nicht gelten.
Die Gemeinde müsse schnell auch neue Wohnbaugebiete für den zu erwartenden Zuzug von Arbeitnehmern ausweisen.
Zu kritischen Äußerungen kam die Aussage, man solle doch nicht immer gleich dagegen sein. Der Flugplatz müsse als Chance für die wirtschaftliche Entwicklung von Obing gesehen werden. Obing könne mit dem Flugplatz außerdem seinen Bekanntheitsgrad steigern, was dem Tourismus wieder zugute komme.
Um das Projekt zu unterstützen, müsse die Gemeinde an die örtlichen Abgeordneten herantreten mit der Bitte, hohe Hürden durch Umweltschutz abzubauen. Es müssten die erforderlichen Ausgleichsflächen reduziert werden. Mit überzogenem Ausgleichsflächenbedarf würden viele Investitionen in die Zukunft verhindert.
Zum Einwand Kiebitze kam die Frage, wer wohl wichtiger sei, der Mensch, der ja von irgendwas leben müsse, oder Vögel. In Obing hätten wir doch überall, wo was gebaut werden soll, Kiebitze. Außerdem, Flugzeuge würden auch fliegen!
Die Gemeinde müsse die betroffenen Landwirte unterstützen, die wieder einmal die Leid tragenden seien und ihren Grund für alle anderen hergeben müssten.
Zur Frage der Größe der Gebäude kam der Hinweis, dass sie hoffentlich nicht so groß würden, wie die großen Hallen in Natzing bei Eggstätt.
Wenn man so einen Flugplatz wolle, muss man zu A auch B sagen. Man dürfe hier keine Beschränkungen in der Größe machen, um das Projekt nicht von vornherein zu behindern.
Den Windkrafträdern am Scheitzenberg könne und dürfe der Gemeinderat damit erst recht nicht mehr zustimmen, da die erforderlichen Anflugschneisen freigehalten werden müssten.
Die Gestaltungssatzung müsse beachtet werden. Diese schreibt Satteldächer mit einer Dachneigung zwischen 18 und 30 Grad und einer roten Ziegeldeckung vor. Der historische und ländliche Charakter von Obing müsse erhalten bleiben.
Der Gemeinderat sollte schnellstmöglich einen Flugplatzbauausschuss einrichten. Außerdem sollte die Gemeinde sich an den Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer mit der Bitte wenden, das Projekt seitens des Bundes finanziell zu unterstützen und so schnell wie möglich voranzutreiben. Ein außergewöhnlicher Bedarf könne doch sicherlich festgestellt werden.

Zum Schluss wurde der Gemeinderat noch darüber informiert, dass der Investor dem Gemeinderat anbietet, ein ähnliches und schon bestehendes Projekt in Niedersachsen zu besichtigen.
Das Obinger Projekt wird der Öffentlichkeit vorgestellt, wenn konkrete Planunterlagen vorliegen und die Umsetzung einigermaßen abgesichert ist. Man möchte die Bürger vorher nicht mit unausgegorenen Plänen verunsichern.
Vom Bürgermeister wurde die absolute Geheimhaltung angemahnt. ▪

Text: Korbinian Stettwieser / Thomas Breu

Mensch & Baum Eine Jahrtausende alte Beziehung



Seit frühester Zeit sind das Leben und die Entwicklung des Menschen untrennbar mit den Bäumen verbunden. Die ersten Menschen ernährten sich von dem, was die Bäume zur Fotosynthese und zu ihrer Fortpflanzung produzierten, Blätter, junge Triebe und Früchte.

Der Baum war die Lebensgrundlage für die Vorfahren des heutigen Menschen. Er war Ernährer und Lebensraum zugleich. Er gab ihnen Schutz und Sicherheit. Später, als sich durch die Evolution der moderne Mensch entwickelte, benötigte er Waffen, Werkzeuge, Nahrung und eine Behausung. Die meisten Rohstoffe lieferte auch hierbei der Baum. Durch diese Abhängigkeit über Jahrtausende hinweg hat sich der Baum in das Bewusstsein des Menschen als einen unverzichtbaren Lebensbegleiter manifestiert.

Bei vielen Gelehrten ist die Beziehung Mensch – Baum seit Jahrhunderten ein bedeutendes Thema. Der Schriftsteller Alexander Demandt weist zum Beispiel darauf hin, welche Wichtigkeit der Baum für die Menschheit hat. Kein anderes Geschöpf ist mit dem Geschick der Menschheit so vielfältig, so eng verknüpft wie der Baum.

Der bekannte Arzt und Gelehrte Paracelsus (1493-1541) vergleicht sogar das Aussehen des Menschen mit dem des Baumes. Dieses Gewächs...gleicht dem Menschen. Es hat seine Haut, das ist die Rinde; sein Haupt und Haar sind die Wurzeln; es hat seine Figur und seine Zeichen, seine Sinne und seine Empfindlichkeit im Stamme...Sein Tod und sein Sterben sind die Zeit des Jahres.

Ebenso vernahmen die Menschen die Ähnlichkeit ihres Lebenszyklus mit dem der Bäume. Auch die Autorin Doris Laudert erwähnt, dass eine Vergleichbarkeit zwischen dem Leben des Baumes und dem des Menschen besteht.

Wie das unserer Laubbäume kennt das menschliche Dasein Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Das Fallen und Vergehen der Blätter im Herbst wird mit dem menschlichen Lebensabend und Tod verglichen. Mit dem Unterschied, dass die Bäume im Frühjahr wieder ausschlagen. Dies entfachte bei den Menschen die uralte Sehnsucht nach dem immer sich erneuernden ewigen Leben. Denn diese Fähigkeit, jedes Jahr im Frühjahr neu auszutreiben, machte sie zum Sieger über den Tod. Durch diese Vermenschlichung und wegen der unverzichtbaren Rolle, die der Baum bei der Versorgung für die Menschen spielte, nahm er in den Mythen einen wichtigen Platz ein.

Die meisten Baumarten hatten bei den alten Völkern einen besonderen religiösen Stellenwert und wurden zum Teil verschiedenen Gottheiten geweiht.

Es wurden Feste zu Ehren dieser Götter gefeiert und bestimmte Rituale abgehalten. Auch in unserer modernen Zeit leben diese alten Bräuche und Traditionen, meist nach christlichem Standpunkt verändert, weiter. In Bayern werden nach wie vor Feste gefeiert, die einen heidnischen Ursprung haben, wie z. B. am 1. Mai das Aufstellen des Maibaums oder auch am Palmsonntag das Weihen von Palmbuschen, die aus blühenden Weidenruten bestehen, welche früher bei den Germanen ein Symbol der Fruchtbarkeit darstellten.

Heutzutage werden Bäume gewöhnlich nicht mehr als Gottheiten verehrt und im Gegensatz zu damals sind auch keine drakonischen Strafen mehr für Baumfrevelei zu befürchten. Trotzdem haben Bäume eine besondere Wertschätzung verdient. Damit ist aber nicht der materielle Wert allein gemeint, sondern auch der Wert, den sie für das Ökosystem auf der Erde haben. Schließlich spendet der Baum Sauerstoff und Schatten, er speichert Wasser und kühlt die Luft. Er ist Lebensraum für viele Tierarten und nicht zuletzt ist er für die meisten Menschen einfach nur ein schöner Anblick. ▪

„Nichts ist heiliger, nichts ist vorbildlicher als ein schöner starker Baum“
Hermann Hesse

Veränderter Auszug aus der Diplomarbeit „Der religiöse Stellenwert von Bäumen“ von Stefan Mörner

Baumpatchwork mit Happy End

Zahlreiche Obinger Bürgerinnen beteiligten sich an der Aktion zur Erhaltung der großen und gesunden Weide am Rathausplatz, deren Fällung im Gemeinderat zur Debatte stand, und schmückten den Baum mit einem bunten Schal. Denn Generationen von Obinger Schulkindern sind von dem Weidenbaum durch ihre Pausen im Schulhof begleitet worden. Seine eher wie Würstl ausschauende Weidenkatzerl dienten als Spielzeug und Wurfgeschosse auf die Mädchen – so sagt's jedenfalls die Erinnerung einiger Obinger im g'standenen Mannesalter. Innerhalb einer Woche wurde für das farbenfrohe Patchwork-Baumkleid genäht und gestrickt. Eine aktive Patchwork- und Handarbeitsgruppe arbeitete mit viel Arbeit und Stoff mit. An einem sonnigen Samstag wurde mit Unterstützung von Landschaftsgärtner und Baumkletterer Stefan Mörner der bunte Schal angebracht. Die Aktion hatte Erfolg: Der Baum darf stehen bleiben.

Die Berndl Eiche als eindrucksvoller Hintergrund beim Festgottesdienst zum 110 – jährigen Gründungsjubiläum des Burschenverein „Frohsinn“ Obing am 03.06.2007